

In der kubanischen Hauptstadt wird heute die 21. Internationale Buchmesse eröffnet. Ehrengäste sind die Länder der Antillen und der Karibik, Publizisten aus aller Welt werden erwartet

Seite 3



Atomüll

Angeblich gibt es Konsens über
4 Gesetzesvorlage für Endlagersuche.
Das stimmt aber nicht

Großdemonstration

Spanien: Gegen Kürzungspaket der
6 Regierung gingen in Madrid über
150 000 Menschen auf die Straße

Hauptfeind

Wiederbelebung der Bestie: Der deut-
10 sche Imperialismus nach 1945.
Von Erika Wehling-Pangerl

Finanzloch

Das Gerhart-Hauptmann-Theater im
12 sächsischen Zittau bangt ums
Überleben. Von Susan Bonath

Bochum wieder bedroht

Neue Kürzungsrunde bei Opel: Ruhrgebietsfabrik steht angeblich zur Disposition. Mutterkonzern General Motors will Gewinnmarge auf Kosten der Beschäftigten erhöhen. **Von Daniel Behruzi**

Kaum hat sich der Autogigant General Motors (GM) auf Kosten seiner Beschäftigten saniert, erhöht der US-Konzern den Druck auf seine Europatochter Opel/Vauxhall. Das *Wall Street Journal* (WSJ) zitierte am Mittwoch einen GM-Vertreter mit der Aussage, man habe bei Opel »zunehmend das Gefühl, daß die Einschnitte vor zwei Jahren nicht annähernd tief genug gingen«. Mit dem 2010 aufgelegten »Sanierungsplan« hatte der Konzern europaweit rund 8300 Stellen gestrichen und die Fabrik im belgischen Antwerpen geschlossen. Bei der neuerlichen Kürzungsrunde könnte es Konzernkreisen zufolge zu weiterer Arbeitsplatzvernichtung kommen. Demnach stehen die Fabriken in Bochum und im britischen Ellesmere Port mit insgesamt mehr als 5000 Beschäftigten zur Disposition.

Der Betriebsratsvorsitzende des Bochumer Opel-Werks, Rainer Eienkel, sagte den Zeitungen der WAZ-Mediengruppe (Donnerstagsausgaben), Gerüchte über eine mögliche Schließung des Standorts würden »immer wieder in die Welt gesetzt«. Es stelle sich die Frage, »wer da bewußt Geschäftsschädigung betreibt«. Gesamtbetriebsratschef Wolfgang Schäfer-Klug erklärte am Mittwoch in Rüsselsheim, er habe »keinerlei Hinweise darauf, daß General Motors oder das Management der Adam Opel AG planen, bestehende Verträge zu verletzen«. Diesen zufolge seien betriebsbedingte Kündigungen und Werksschließungen bis Ende 2014 ausgeschlossen.

Es wäre allerdings nicht das erste Mal, daß die GM-Führungsriege unterschriebene Vereinbarungen wieder in Frage stellt. Auch die Standorte in Antwerpen und im portugiesischen



Dauersorgen: Belegschaftsmitglied von Opel in Bochum bei Protestaktion im Herbst 2011

Azambuja wurden trotz anderslautender Zusagen in den vergangenen Jahren geschlossen. Der vom *WSJ* zitierte Manager stellte klar: »Wenn

Opel repariert wird, dann wird es jetzt repariert, und die Einschnitte werden tief sein.« Zur Vorbereitung der neuen Kürzungsrunde – die auch weiteren

Lohnverzicht der Beschäftigten beinhalten soll – hat GM zuletzt mehrere hochrangige Vertreter in den Opel-Aufsichtsrat entsandt.

Unterstützung können die Opelner hingegen von Bob King erwarten. Der Vorsitzende der US-Automobilarbeitergewerkschaft UAW (United Auto Workers) soll im März ebenfalls in den Opel-Aufsichtsrat einziehen. Und die UAW, die seit der Insolvenz im Jahr 2009 über einen Fonds Anteile an GM hält, dürfte großes Interesse daran haben, sich mit den hiesigen Belegschaftsvertretern gutzustellen. Der Verband plant eine Organisierungskampagne in den bislang gewerkschaftsfreien Daimler- und VW-Fabriken in den Südstaaten der USA – und hofft dabei auf Unterstützung der IG Metall.

Hintergrund für die erneuten Kürzungspläne ist das Vorhaben von GM, seinen Spitzenplatz unter den Autoherstellern zu festigen. Nach der Blitzinsolvenz vor zweieinhalb Jahren – die in den USA mit Dutzenden Werkschließungen und Massenentlassungen einherging – verkaufte GM 2011 nach eigenen Angaben über neun Millionen Fahrzeuge und damit deutlich mehr als die Rivalen VW (8,2 Millionen) und Toyota (7,9 Millionen). Vor allem will Detroit in den kommenden Jahren die Gewinnmarge von aktuell sechs auf zehn Prozent steigern. Dabei steht die Europatochter im Weg, die in den ersten neun Monaten des vergangenen Jahres ein Defizit von rund 580 Millionen Dollar (441 Millionen Euro) verzeichnete. Die Verantwortung dafür tragen zwar nicht die Beschäftigten, sondern das Management, das Opel-Verkäufe in den Boommärkten Asiens und Lateinamerikas weitgehend untersagt. Zahlen sollen dennoch die Arbeiter.

Generalstreik in Israel

JERUSALEM. Ein Generalstreik hat am Mittwoch in Israel große Teile des öffentlichen Lebens lahmgelegt. Züge fielen aus, Flugzeuge konnten nicht abheben und Schiffe die Häfen nicht verlassen. Auch Banken und Behörden sowie die Börse blieben geschlossen. Israels größte Gewerkschaft Histadrut wollte mit den Arbeitsniederlegungen erreichen, daß der Staat 250 000 Zeitarbeiter fest einstellt. Die Arbeitskräfte wie Sicherheits- und Reinigungspersonal bekommen weniger Geld und haben schlechtere Bedingungen als ihre fest bei der öffentlichen Hand angestellten Kollegen. Gewerkschaftsangaben zufolge richtet der Streik einen wirtschaftlichen Schaden von etwa 500 Millionen Dollar pro Tag an. (Reuters/JW)

Expertenkommission zum Rechtsterrorismus



BERLIN. Die Bundesregierung hat die Einrichtung einer Bund-Länder-Kommission zur Aufklärung der Hintergründe rund um die neofaschistische Zwickauer Terrorzelle gebilligt. Das Gremium soll mit dem vom Bundestag bereits beschlossenen Untersuchungsausschuß eng zusammenarbeiten. Die Zustimmung der Länder zur Einberufung der Kommission gilt als sicher. Für die Union wird der ehemalige Hamburger Innensenator Heino Vahldieck in dem Gremium sitzen, die SPD entsendet den früheren Berliner Innensenator Ehrhart Körting. Die FDP hat den Münchner Juristen Eckhart Müller nominiert, die Grünen den früheren Bundesanwalt beim Bundesgerichtshof, Bruno Jost. Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU/Foto) erwartet von der Bund-Länder-Expertenkommission zum Rechtsterrorismus eine Analyse und Bewertung der Zusammenarbeit der deutschen Sicherheitsbehörden. (dapd/JW)

Junge Welt wird herausgegeben von 1206 Genossinnen und Genossen (Stand 27. Januar 2012). Informationen: www.jungewelt.de/lpg

BRD gewinnt Exportkrieg 2011

Ausfuhren der Deutschland-AG übertrafen im vergangenen Jahr erstmals die Billionenmarke

Nun ist es offiziell: Im vergangenen Jahr hat die deutsche Wirtschaft erstmals Waren für mehr als 1000 Milliarden Euro im Ausland verkauft. Dies teilte am Mittwoch das Statistische Bundesamt in Wiesbaden mit. Beim weltweiten Scharmützel um Konsumenten, Märkte und Profite war die BRD damit nach China erfolgreichster Kombattant. Hiesige Unternehmen führten 2011 Waren im Gesamtwert von 1,060 Billionen Euro aus, so die Bundesstatistiker. Das waren dem-

nach 11,4 Prozent mehr als 2010.

Allerdings habe die Dynamik im Laufe des Jahres deutlich nachgelassen: Während der Außenhandel in den ersten Monaten 2011 noch jeweils zweistellig im Vergleich zum Vorjahresmonat wuchs, legten die Exporte von Oktober bis Dezember nur noch zwischen 3,7 und 8,2 Prozent zu. Im Weihnachtsmonat gingen die Ausfuhren im Vergleich zum November sogar um 4,3 Prozent zurück.

Allerdings wurde auch aus volks-

wirtschaftlicher Sicht kräftiger eingekauft. Der Wert der Einfuhren im vergangenen Jahr belief sich auf 902 Milliarden Euro und überschritt damit die bisherige Höchstmarke aus dem Jahr 2008, als Güter im Wert von 805,8 Milliarden Euro importiert worden waren.

Unter dem Strich stand allerdings erneut ein enormer Überschuß in der Außenhandelsbilanz in Höhe von 158,1 Milliarden Euro. Ein Jahr zuvor hatte das Plus noch bei 154,9 Milliarden Euro gelegen und maß-

geblich zur positiven Leistungsbilanz Deutschlands beigetragen.

Hauptkäufer der Waren Made in Germany waren mit 627,3 bzw. 420,9 Milliarden Euro erneut die Staaten der Europäischen Union bzw. der Euro-Zone. Dies waren laut Statistik 9,9/8,6 Prozent mehr als 2010. Demgegenüber führte Deutschland Waren für lediglich 572,6 bzw. 401,5 Milliarden Euro aus anderen EU-Mitgliedsländern respektive Euro-Staaten ein.

(AFP/JW)

